

KOMMENTIERT

Palmer darf das

Fabian Lambeck über einen Vorstoß des Tübinger Oberbürgermeisters

Boris Palmer, der grüne Oberbürgermeister von Tübingen, fordert, gewalttätige Flüchtlinge nach Syrien abzuschicken. Die Reaktion seiner Partei? Als »klassischen Palmer-Nonsens« tat die Vorsitzende Simone Peter den Vorstoß ab. Die anderen Parteigranden reagierten ebenfalls zurückhaltend. Niemand legte ihm den Parteiaustritt nahe. Zur Erinnerung: Vor wenigen Tagen warf die ehemalige Ober-Grüne Claudia Roth der LINKEN Sahara Wagenknecht vor, sie biedere sich der AfD an. Zuvor hatte Wagenknecht gesagt, dass die Aufnahme so vieler Flüchtlinge mit großen Problemen verbunden sei. Beobachter mögen einen qualitativen Unterschied erkennen zwischen einer allgemein gehaltenen Kritik und der Forderung nach Abschiebung in einem vom Bürgerkrieg zerrütteten Folterstaat.

Nicht so die Grünen. Palmer ist nicht der kleine Provinzpolitiker, als den ihn einige abtun. Der Bürgermeister ist ein Freund des grünen Landesvaters Winfried Kretschmann, gern gesehener Talkshow-Gast und Befürworter eines schwarz-grünen Bündnisses auf Bundesebene. Das heißt, einer Koalition mit der CSU. Die Asylpolitik gilt da als großer Stolperstein. Einer wie Palmer, der auch bewaffnete EU-Grenzer zur Flüchtlingsabwehr fordert, wäre der richtige Mann, diesen Stein aus dem Weg zu räumen. Die Parteiführung lässt ihn jedenfalls gewähren.

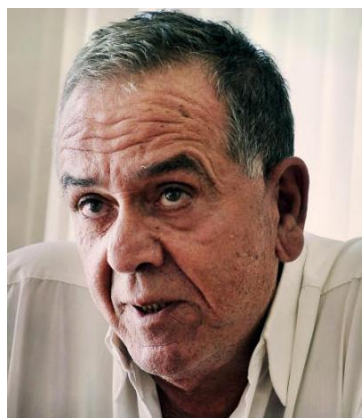
PERSONALIE

Geburtshelfer

Von Katja Herzberg

Nicht viele Griechen, zumal in der aktuellen Regierung unter Führung von SYRIZA, wollen mit »Plan B«-Gedankenspielen in Verbindung gebracht werden. So auch Iannis Mouzalas, der sich gegen ein Zitat in der »Bild«-Zeitung wehrt. Das Springer-Blatt will aus dem Munde des stellvertretenden Innenministers, der insbesondere für Flüchtlingsfragen zuständig ist, die Forderung gehört haben, es brauche eine Alternative zum EU-Türkei-Deal. Im Dementi aus Athen hieß es dann jedoch, das Anti-Asyl-Abkommen werde eingehalten – zumindest sei die Zahl der in Griechenland ankommenden Flüchtlinge um über 90 Prozent zurückgegangen.

Mouzalas ist dennoch besorgt angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Türkei und der anhaltenden Weigerung einiger EU-Länder, sich an der beschlossenen Flüchtlingsverteilung zu beteiligen. Vielleicht hat die »Bild« seine Betroffenheit einfach missverstanden. Denn der Gynäkologe und Geburtshelfer weiß, wovon er spricht. Mouzalas hat vor seinem Amtsantritt im zweiten Kabinett von Alexis Tsipras im vergangenen August lange Zeit für »Ärzte der Welt« gearbeitet. Er gilt als Mitbegründer der griechischen Sektion, hat an Missionen etwa in Somalia teilgenommen und war bis 2015 Mitglied im Vorstand der Organisation.



Iannis Mouzalas hat gar nichts gegen den EU-Türkei-Deal.

Foto: AFP/Louisa Gouliamaki

Mouzalas' Interesse an anderen Ländern drückte sich bereits in seinen Studienjahren mit Auslandssemestern in London und Mailand aus. Dass er dabei diplomatisches Geschick erlernt hat, bezweifeln jedoch seine Kritiker auf Seiten der Nationalisten. So wurde Mouzalas' Nennung der in Griechenland verfeimten Bezeichnung »Mazedonien« für die Republik mit Hauptstadt Skopje im März zum Skandal erklärt. Mouzalas entschuldigte sich zwar umgehend, Rücktrittsforderungen kamen dennoch vom SYRIZA-Koalitionspartner ANEL.

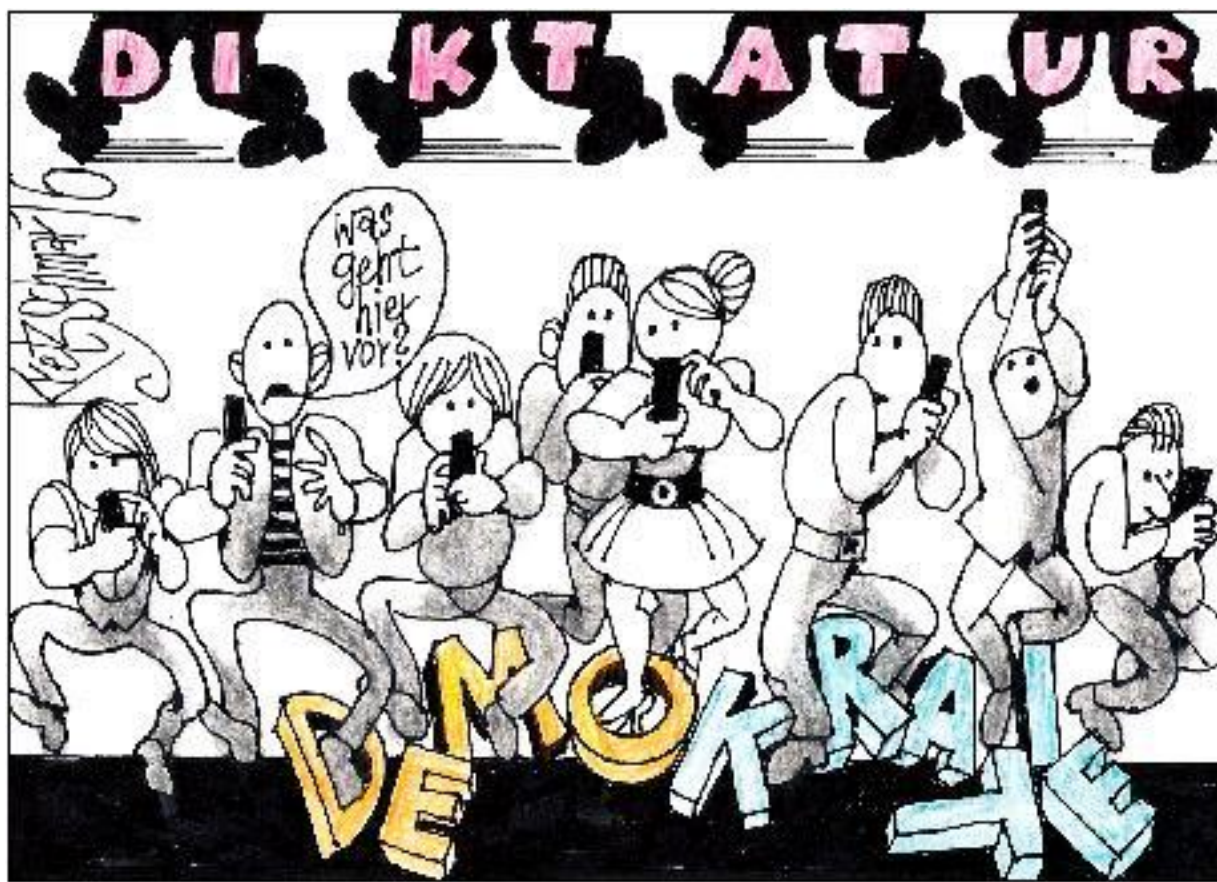
Angriffe auf ihn gab es aber ebenso bereits von links: Mouzalas ist Geburtshelfer beim EU-Türkei-Abkommen gewesen. Immerhin zeigte er in den Debatten dazu, dass es für ihn auch kein Plan B ist, die Flüchtlinge im Meer ertrinken zu lassen.

Ein kleines Stück Afrika

Regina Stötzel über den großen Plan von Entwicklungsminister Müller

Ein Marshall-Plan für Afrika, das klingt nach großzügiger, schneller und effektiver wirtschaftlicher Hilfe, mit der politische Interessen durchgesetzt werden. Dumm nur, dass es dabei um Dimensionen ginge, die das US-amerikanische Nachkriegsprogramm nichtig erscheinen ließen: über eine Milliarde Menschen in 54 Staaten, die – wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß – die Folgen jahrhundertelanger Ausbeutung durch Kolonial- und Wirtschaftsmächte zu ertragen haben. Dumm auch, dass die reichen Staaten nicht früher auf die Idee gekommen sind, wenigstens das zugesicherte Geld für entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen. Allerhand »kluge Zukunftslösungen«, wie Entwicklungsminister Gerd Müller sie nun fordert, hätten damit schon längst gefunden werden können.

»In unserem Konsum steckt jeden Tag ein Stück Afrika. Wenn die Menschen in Afrika davon nichts haben, werden wir die Folgen teuer bezahlen müssen«, sagte der CSU-Politiker. Tatsächlich müssen dann weiterhin vor allem die Einwohner der afrikanischen Länder die Folgen zahlen. Es ist der kleine Bruchteil von ihnen, der sich auf den Weg nach Europa macht, der die großen Worte bewirkt hat. Die großen Taten werden, so kündigte Müller gleich an, an die Rücknahme von Flüchtlingen gekoppelt sein. Zumindest die Abschiebungen, so darf man sicher sein, werden großzügig, schnell und effektiv erfolgen.



Zeichnung: Harald Kretschmann

KOLUMNE

Reisende, nicht Migrantin

Fanny Kniestedt über ihre Erfahrungen mit dem deutschen Pass jenseits der europäischen Komfortzone

Kürzlich hatte ich Geburtstag. Bei solch einem Anlass braucht es einen Wein zum Anstoßen. Da ich momentan in einem muslimischen Land weile, nämlich Marokko, ist es erstens schwer und zweitens teuer Alkohol zu bekommen. Die Lösung: Ich husche mal eben hinüber nach Ceuta, der spanischen Enklave, ungefähr 30 Minuten mit dem Sammeltaxi entfernt. An der Grenze standen Marokkaner meterlang in Schlange. Doch mir wurde ehrfürchtig ein Korridor bereitet. Mit einem anerkennenden Lächeln winkten mich die Grenzbeamten durch.

Ich hätte mich auch angestellt, so ist es ja nicht. Aber selbst die wartenden Marokkaner ließen mich nicht. Ich musste meinem Privileg Folge leisten und an ihnen vorbeigehen. Denn ich bin Inhaberin des mächtigsten Passes der Welt. Mein dunkelrotes Büchlein ist wie eine Goldmedaille, die mir dafür verliehen wurde, dass ich in Deutschland zur Welt kam. Dieses Dokument lässt mich wertvoller sein. Und so werde ich auch behandelt. Ob ich will oder nicht.

Obwohl ich der Ehrengast war, konnte niemand anderes diese Aufgabe übernehmen. Denn alle Gäste, mit denen ich feiern wollte, haben noch »falschere« Dokumente als jene Marokkaner, die es zumindest bis zu den Grenzbeamten schaffen. Denn sie kommen aus Subsahara-Afrika. Einige von ihnen versuchen seit Jahren eben genau jene Grenze zu überwinden, die ich mittlerweile unzählige Male überschritten habe. Alle saßen schon in einem Schlauchboot oder haben versucht, über die mit NATO-Draht umwickelten Zäune zu klettern. Mehrfach. Sie wurden vom marokkanischen und spanischen Militär niedergeknüpelt oder verhaftet. Sie riskieren ihr Leben. Denn sie

heißen »Migranten«. Sie brauchen einen »guten Grund«, um zu uns in den Norden kommen zu »dürfen«. Sie müssen »flüchten«. Aber nicht vor irgendetwas. Ihr Leben muss bedroht sein. Wenn sie ihr Land nicht verlassen, um sich schlicht zu retten, dann benötigen sie ein Führungszeugnis, eine Einladung, eine exorbitante Summe Geld auf ihrem Konto, manchmal sogar einen Sprachtest, um ein Visum zu bekommen.



Fanny Kniestedt berichtet u.a. für das »nd« über die Entwicklungen in Marokko.

Foto: privat

Sie müssen Kriterien erfüllen, die nicht einmal die meisten Europäer erfüllen könnten. Und warum das alles? Weil sie als Risiko gelten. Nicht umsonst fällt die Migrationspolitik unter das Sicherheitsdezernat der Europäischen Union.

Ich hingegen gelte nicht als Migrantin, obwohl ich es per Definition genauso bin wie sie. Mich jedoch nennt man Reisende. Ich bin Kosmopolit. Ich entdecke. Ich brauche für 158 Länder dieser Welt kein Visum. Wenn doch, dann bekomme ich es direkt vor Ort. Will ich irgendwo hin, kaufe ich mir ein Flugticket per App und bezahle mit Kreditkarte.

Reisen ist für mich aber nicht nur von persönlichem Interesse. Es wird

von mir als junge Europäerin erwartet, wenn ich einen überzeugenden Lebenslauf vorweisen möchte. Denn, und da sind sich Wissenschaft sowie potenzielle Arbeitgeber einig: Reisen fördert die soziale Kompetenz und erweitert den Horizont. Aber nicht bei allen. Sondern nur bei den »Richtigen«.

Wer die »Richtigen« sind, bestimmen Kriterien, die seit dem 15. Jahrhundert mit der administrativen Konstruktion von Identität geklopelt werden. Kurz: mit der Erfindung von Identifikationsdokumenten. So verstaubt diese Kriterien sind, so sehr sind sie immer noch Grundlage unserer heutigen Einordnung in »wertvolle« und »wertlose« Dokumente – und damit von Menschen. Denn mit der Kolonialisierung wurden europäische Kriterien exportiert. Ein europäischer Pass für einen Afrikaner bedeutet heute die gleiche Aufwertung seiner Person wie das Erheben in die Staatsbürgerschaft als »zivilisierten«, »richtigen« Menschen zu Kolonialzeiten. Denn er geht, wie damals, mit Privilegien einher. Das größte von allen: die Bewegungsfreiheit.

Wenn ich hier mit meinen Freunden per Mobiltelefon einer globalen Utopie fröne, die in der Werbung des neuen Geräts mit dem Satz »stolzer Unterstützer einer grenzenlosen Welt« besungen wird, dann endet diese mit ihrem Pass. Mein Freund Hussein aus Côte d'Ivoire würde gern mal Venedig sehen. Mein anderer Freund aus Kamerun will mal nach Havanna. Wir sitzen hier, eine Deutsche, ein Ivorer und ein Kameruner in Marokko und reden über die Olympischen Spiele in Brasilien. Wir leben eine globale Realität – die selbstverständlich digital ist –, die von mir erwartet und ihnen letztlich abgesprochen wird.

Maulkorbminister

Klaus Joachim Herrmann über ukrainische Sportler, die die Wahrheit wagen

Weil ihm offenkundig seine Olympioniken als zu dämlich erscheinen, verordnete ihnen der ukrainische Sportminister Schdanow den Maulkorb. Per »Anweisungen« hätten sie, die immerhin ihre Nation vertreten, in Rio jeden Kontakt zu russischen Journalisten zu unterlassen. Sie seien sich der »politischen Reichweite ihrer Worte« nicht bewusst und der Kremlpropaganda dienbar. Aber gerade diese ukrainischen Sportler verweigern sich der gegenüber russischen Kollegen und Freunden verordneten Feindschaft, der gegen das Nachbarland gerichteten Rausschmiss-Stimmung. Ihre Worte des Anstoßes gründen sich auf Fairness und Logik.

Natürlich ist das Fehlen vieler russischer Athleten in Rio de Janeiro bedauerlich und bedeutet einen Qualitätsverlust. Natürlich ist es »irgendwie ungerecht«, dass im US-Team Sportler, die ihre Strafe verbüßt haben, teilnehmen dürfen und vergleichbare russische Sportler ausgeschlossen werden sollten. Noch mehr zweierlei Maß dürfte sich heute und künftig finden lassen. Sogar noch unerwähnt blieb, dass eine Ausschaltung von Konkurrenten und die Umverteilung von Medaillen durchaus heimlichen Beifall finden kann.

Minister Schdanow jedenfalls bleibt ungeachtet jedes olympischen Friedens im Kriegszustand und geht dem Sportsgeist aus dem Weg.

IHRE MEINUNG

Tiefgründige und kritische Analyse

Zu »Auf Grundlage der Fehler der Vergangenheit« und »Der alte Tunnelblick«, 6.7., S. 3

Als Gastleser möchte ich die ausführliche kritische Analyse des Abschlussreports der Endlagerkommission würdigen. Weder meine Tages- noch meine Wochenzeitung (beides renommierte Blätter) berichteten so tiefgründig hierüber.

Gemessen am Aufwand für diesen Report hätte man tatsächlich mehr Kreativität in der Endlagerfrage erwarten können, wie Ihr Autor im Beitrag »Der alte Tunnelblick« sehr richtig feststellt. Ich selbst vermisse darüber hinaus den Gedanken, aus Wärmeentwicklung des Atom Mülls noch nutzbare Energie zu gewinnen.

Vielleicht wird weltweit insgesamt an einer kostensparenden patentierbaren Lösung geforscht. Demgegenüber genießt jedenfalls die »saubere« Energieerzeugung durch Kernfusion weit mehr öffentliche Förderung, obwohl im Falle ihrer technischen Beherrschbarkeit dann kaum jemand eine globale Klimaerwärmung infolge anthropogener Energiefreisetzung wird bremsen können.

Dr. Wilfried Anders, Ilmenau

Noch mehr Benachteiligungen

Zu »Benachteiligt bei der Energiewende«, 5.8., S. 9

Da sind noch viel mehr Benachteiligungen für die Bürger der »Beitrittsländer«. Wie war das doch gleich? Da war zuerst die Treuhand, die in vollen Zügen unsere Ostbetriebe geschlossen hat. Das hieß Arbeitslosigkeit für uns und die dauert teilweise heute noch an, denn Hartz IV ist ja unendlich. Wir waren doch jahrelang als Billiglohnländer bekannt und das wurde auch weidlich ausgenutzt. Teurer sind nicht nur die Wasserpreise, wir sind doch in vielen Kategorien

benachteiligt, Billiglohn, hohe Arbeitslosigkeit, Energiewende, Benzinpreise. Man hat uns damit getrötet, dass dafür die Preise für Lebensmittel und andere Waren im Osten billiger sind. Das wage ich zu bezweifeln. Stattdessen durften wir für alles andere mehr oder genau das gleiche bezahlen wie die Bürger der alten Länder. Pflegeversicherung, Krankenversicherung usw. bei weniger Löhnen. Wir werden wohl ewig die Dummen und Benachteiligten bleiben! Und vor allem nicht zu vergessen, die Rentenansparung, die seit 25 Jahren vor sich hindümpelt.

Gaby Heß, Suhl

Ohne Waffentlieferung der USA hätte Krieg nicht begonnen

Zu »Obama kritisiert Russland für Unterstützung Assads«, 6./7.8., S. 6

Russland darf Assad nach Meinung von Obama nicht unterstützen. Aber wenn die USA nicht die sogenannte gemäßigte syrische Opposition unterstützen und mit Waffen ausrüsten würden, hätte der Syrienkrieg gar nicht erst begonnen.

Dr. Kurt Laser, Berlin

Der letzte Flug vom Gollenberg

Zu »Wochen-Chronik«, 6./7.8., S. 25

Zum Absturz des deutschen Flugpioniers Otto Lilienthal schrieben Sie, dass dieser in Berlin-Lichterfelde erfolgte. In der Tat hat Lilienthal in Lichterfelde einen etwa 15 Meter hohen Hügel – der heute noch als »Fliegeberg« bezeichnet wird – für Gleitflugversuche aufschütten lassen. Den letzten Flug absolvierte Lilienthal aber in den Rhinower Bergen, unweit von Neustadt a. d. Dosse, vom Gollenberg bei Stölln.

Klaus-D. Giese, Königs Wusterhausen

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wählender Kürzungen vor.

neues deutschland

Erscheint im Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. (030) 2978-1111, Fax -1600 Internet www.neues-deutschland.de E-Mail redaktion@nd-online.de

Geschäftsführer und Verlagsleiter Olaf Koppe -1611, Fax -1610

Vertrieb/Aboservice -1800, Fax -1630, aboservice@nd-online.de

Anzeigen Geschäftskunden Dr. Friedrun Hardt (verantwortlich) -1841, Sabine Weigelt -1842, Fax -1840, anzeigen@nd-online.de. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 26 vom 1. Januar 2016.

Private Kleinanzeigen -1844, Fax -1840, privatanzeigen@nd-online.de

Redaktionsleitung Tom Strohschneider (Chefredakteur, V.i.S.d.P. -1711, Fax -1610), Wolfgang Hübner (Online -1713), Gabriele Oertel und Regina Stötzel (Wochen nd -1716, -1712), Ulwe Sattler (Redaktionsmanagement -1714), Eva Roth (Politik, Wirtschaft -1666)

Redaktionen Katja Herzberg (ndAktuell -1733), Jürgen Amendt, Martin Hatzius (Feuilleton -1757, -1765), Martin Kröger (Berlin/Brandenburg -1746), Jirka Grahl (Sport -1727), Susanne Dreistadt (Bild/Herstellung -1826)

Gestaltung/Layout Holger Hinterseher, Michael Pickardt, Wanja Wegener

Ratgeber Jürgen Holz -1772, Peter Kollwe -1773, ratgeber@nd-online.de

Leserbriefe -1724, leserbriefe@nd-online.de

Marketing Rainer Genge -1612, Fax -1610, marketing@nd-online.de

Leserreisen Frank Diekert -1620, Fax -1650, leserreisen@nd-online.de

nd-Shop, Literatur-, Film-, Musik-Service Öffnungszeiten: Montag - Freitag 9 - 17 Uhr, Manfred Ibold -1777, Monika Gadegast -1654, Fax -1650, shop@nd-online.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH, www.presse-monitor.de

Bankkonto Berliner Bank, Konto-Nr. 525 950 205, BLZ 100 708 48, IBAN DE81 1007 0848 0525 9502 05, SWIFT (BIC) DEUTDE33HAN

Monatlicher Abonnementspreis (zzgl. einer Zustellkostenpauschale von 0,15 € pro Tag und inkl. MwSt.): 35,00 €; ermäßigtes Abo 19,90 €; Soli-Abo 50,00 €; Online-Abo 20,00 €; weitere Abomöglichkeiten, auch Teil-Abonnements, auf Anfrage. Das Abonnement kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozustands gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Benutzte Agenturen dpa, AFP, SID, epd, IPS

Druck EVERFRANK Berlin GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin

Die Auflage von neues deutschland wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) geprüft.

